



An die  
Mitglieder der CDU Bremen

Bremen, 04. Dezember 2015

**„Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik heißt, mit finanziellen, personellen und integrativen Ressourcen, die wir in unserem Bundesland haben, gewissenhaft umzugehen“**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der CDU Bremen,

*verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik* für Bremen und Bremerhaven bedeutet für uns, den Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen müssen, weil sie um Leib und Leben fürchten, Zuflucht und Schutz zu gewähren und sie – gleichermaßen fordernd und fördernd – in unsere Gesellschaft zu integrieren.

*Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik* für Bremen und Bremerhaven heißt gleichzeitig aber auch, sich nicht der Verantwortung zu entziehen, Zugewanderten aus sicheren Herkunftsländern und ohne Asylanspruch, schnell Klarheit zu verschaffen und sie in ihre Heimatländer zurückzuführen.

*Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik* für Bremen und Bremerhaven zeichnet sich für uns letztendlich dadurch aus, mit finanziellen, personellen und integrativen Ressourcen unseres Bundeslandes, gewissenhaft umzugehen.

**Wir fordern deshalb eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Bremen und Bremerhaven, die sich auf diejenigen konzentriert, die auf Dauer bei uns und mit uns leben werden, weil sie auf Grund von Krieg und Verfolgung nicht in ihr Land zurückkehren können.**

Die Bremer rot-grüne Landesregierung stellt sich dieser Verantwortung gegenüber Bremen und Bremerhaven, ihrer Bürgerinnen und Bürger und der Flüchtlinge nicht. Die aktuelle Politik des rot-grünen Senats ist geprägt von Ideologie, fehlendem Mut für klare Entscheidungen und falsch verstandener Barmherzigkeit.

Denn: Ein viel zu hoher Anteil der Antragssteller, die sich aktuell in den Flüchtlingsunterkünften in Bremen und Bremerhaven befinden, hat keinen Anspruch auf Asyl. Sie sind Zuwanderer aus sicheren Herkunftsländern und häufig aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nach Deutschland gekommen. Dass sie trotzdem zu tausenden geduldet werden, ist nach unserer Ansicht das Gegenteil von Verantwortung. Und zwar gegenüber diesen Menschen selbst, weil sie keine Klarheit erfahren, aber auch gegenüber den Bremerinnen und Bremern und nicht zuletzt gegenüber den Flüchtlingen, die nicht in ihre Heimat zurück können.

Der Bremer Senat belastet mit seiner Auffassung von Verantwortung unsere Sozialsysteme und unseren Haushalt. Bremen ist Haushaltsnotlageland. Die großen Probleme Bremens, wie Rekordverschuldung, mangelnde Unterrichtsqualität, sich verstetigende Armut oder hohe Arbeitslosigkeit, konnten SPD und Grüne schon in den vergangenen Jahren nicht lösen. Die Probleme werden sich durch die jetzige Flüchtlingspolitik der Landesregierung, die sich aus ideologischen Gründen weigert, unsere Ressourcen auf diejenigen Menschen zu fokussieren, die verfolgt und mit dem Tod bedroht werden, die auf Zuflucht angewiesen sind, verstärken.

Ist es die rot-grüne Auffassung von Verantwortung, dass weit über tausend Menschen ohne Perspektive im Winter in Zelten ausharren? Dass Sportvereine an den Rand der Existenz getrieben werden, weil 80 Prozent der Turnhallen dauerhaft zur Unterbringung belegt werden? Dass die Beschulung, der Spracherwerb und die Qualifikation der Menschen, die die nächsten Jahre mit uns leben werden, derzeit nur Zufall ist statt System? Unser Verständnis von Verantwortung gegenüber Bremerinnen und Bremern, gegenüber Flüchtlingen, gegenüber den haupt- und ehrenamtlichen Helfern ist es nicht. All das ist aber Realität in Bremen und Bremerhaven.

Eine Politik, die sich finanziell und personell auf diejenigen konzentriert, die auf Dauer bei uns und mit uns leben werden, weil sie wegen Krieg und Verfolgung nicht in ihr Land zurückkehren können, hat nichts mit "Zwei-Klassen"-Politik zu tun. Sie ist entscheidend, damit Integration in unseren beiden Städten gelingt.

Die Flüchtlingspolitik wird auch Thema auf dem CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe sein. Wir halten ein deutsches Zuwanderungsgesetz, das – unabhängig von Asylgesuchen – eine rechtliche Grundlage für kriteriengestützte Zuwanderung schafft, für richtig. Für uns ist dafür jedoch die Voraussetzung, dass die aktuelle Zuwanderungs- und Flüchtlingswelle nach Deutschland, nach Bremen und Bremerhaven unter Kontrolle gebracht wird. Darüber werden wir – ebenso über den Antrag bezüglich von Obergrenzen – im kommenden Landesvorstand beraten.

Wir danken Ihnen, dass wir bereits in den vergangenen Wochen mit Ihnen in den Kreis- und Stadtbezirksverbänden zu diesem Thema in den Dialog gehen durften und freuen uns auf weitere Diskussionen mit Ihnen. Dennoch ist es uns ein Bedürfnis gewesen, Ihnen auf diesem Wege unsere Position zur Flüchtlingspolitik nochmals zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Kastendiek MdBB  
Landesvorsitzender



Thomas Röwekamp MdBB  
Fraktionsvorsitzender